

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2874

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2874](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2874)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

# Pandemiebekämpfung: Eigenverantwortung statt Autoritarismus



KONSTANTIN BENZ \* • Oktober 2020

## Zusammenfassung

- Zur Pandemiebekämpfung werden derzeit vereinfacht gesagt zwei Strategien angewandt: einerseits eine autoritäre Strategie, die auf Lockdowns und staatlichen Zwangsmassnahmen basiert, andererseits eine dialogorientierte Strategie, bei der staatliche Akteure Empfehlungen aussprechen und weitgehend auf die Eigenverantwortung der mündigen Bürger setzen.
- In vielen Medien werden die auf Selbstverantwortung basierenden Strategien stark kritisiert, während autoritäre Pandemiebekämpfungs-Versuche als wirkungsvoll und effizient dargestellt werden. Für die behauptete Effizienz autoritärer Zwangsherrschaft gibt es jedoch keine empirischen Belege.
- Die meisten Regierungen Europas haben sich für eine autoritäre Strategie entschieden. Demgegenüber gibt es Staaten wie Schweden oder die Niederlande, welche die gegenwärtige Corona-Pandemie ohne harte Lockdowns oder Notrecht bekämpfen. Statt auf Verbote und Bussgelder setzen diese Regierungen tendenziell auf Aufklärung, Eigenverantwortung und einen offenen Dialog mit den Bürgern. Allen Unkenrufen zum Trotz könnte sich die dialogorientierte Politik mittel- bis langfristig als die erfolgreichere Strategie erweisen.
- Die Entmündigung des Bürgers stellt einen Bruch mit der liberalen Tradition der Schweiz dar. Dadurch wird ein Klima des Misstrauens zwischen Bürgern und staatlichen Behörden geschaffen, während zugleich die politische Stabilität gefährdet wird. Die gegenwärtige Pandemie lässt sich nur dann wirkungsvoll und über mehrere Jahre hinweg bekämpfen, wenn die soziale Akzeptanz von Pandemiebekämpfungsmassnahmen gewährleistet bleibt, was nur mit einer dialogorientierten Strategie gelingen kann.

---

\* Der Autor, MSc. Information Technology, ist Strategie- und Prozessberater, Business Hacker und Erfolgscoach.

In zahlreichen Ländern greifen Regierungen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie auf das Notrecht zurück. Die staatlichen Akteure erhoffen sich, dass sie durch ihr entschiedenes Durchgreifen die Ausbreitung des Virus stoppen oder zumindest stark verlangsamen können. Politiker argumentieren dabei, dass allein das Notrecht die Regierenden dazu befähige, die richtigen Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung zeitnah zu treffen. Demokratische Entscheidungsprozesse, die oftmals über einen Diskurs und langwierige Verhandlungen geführt werden, werden aus dieser Perspektive als schwerfällig und ineffizient bewertet.

Der Einsatz des Notrechts birgt jedoch auch erhebliche Risiken, die nicht ignoriert werden dürfen. So sind sich Historiker mittlerweile einig, dass das Regieren mittels Notverordnungen im Deutschland der 1930er Jahre zum Aufstieg Hitlers und zur Etablierung der national-sozialistischen Diktatur wesentlich beigetragen hat. Die leichtfertige Einführung von Notrecht höhnte sämtliche rechtsstaatlichen Prinzipien wie etwa die Gewaltenteilung und das Subsidiaritätsprinzip allmählich aus und führte letztlich zu schlimmen Gräueltaten.

Aufgrund der historischen Erfahrung sind sich Juristen heutzutage einig, dass jede Form von Notrecht einer Einschränkung bedarf. Einerseits benötigt das Notrecht eine klare zeitliche Befristung. Andererseits muss eine gerichtliche Kontrolle sichergestellt sein, um die Kompetenzen der regierenden Exekutivgewalt einzuschränken.

Zur Pandemiebekämpfung zählen selbstverständlich Massnahmen der Gesundheitsversorgung, Aufrüstung der Spitäler und dergleichen. Mittlerweile haben aber Experten erkannt, dass die Pandemie nur dann effizient bekämpft werden kann, wenn möglichst viele Menschen ihr Verhalten ändern und sich individuelle Verhaltensweisen aneignen, die das Infektionsrisiko minimieren, wie etwa der Verzicht auf das Händeschütteln, das Gebot des Abstandhaltens und dergleichen.

Da diese nicht-medizinischen Schutzmassnahmen eigenverantwortliches Handeln grosser Teile der Bevölkerung erfordern, ist die Kommunikation ein wichtiger Bestandteil einer effektiven Pandemiebekämpfung.<sup>1</sup> Dabei sollten Regierungen und das Verwaltungspersonal darauf achten, im Angesicht der allgegenwärtigen Informationsflut klare Aussagen zu treffen und ehrlich zu kommunizieren. Nur dies schafft Vertrauen und ermöglicht die Zusammenarbeit zwischen Regierung, Bevölkerung, Behörden, Wissenschaftlern und privaten Unternehmen.

## Wie funktioniert effiziente Pandemiebekämpfung?

Zur effizienten Pandemiebekämpfung werden derzeit von verschiedenen Ländern zwei mögliche Strategien angewandt:

<sup>1</sup> Finset, A., Bosworth, H., & Butow, P. G. (2020). Effective health communication – a key factor in fighting the COVID-19 pandemic. *Patient Education and Counseling*, 5, S. 873 ff.

## 1. Lockdown und gezielte Massnahmen zur Vermeidung von Neuansteckungen

Dabei wird mit Verboten und technischen Schutzmassnahmen (wie etwa einer Maskenpflicht) dafür gesorgt, dass die Möglichkeit einer Neuansteckung durch bereits infizierte Personen um jeden Preis vermieden wird. Wenn die Neuansteckungen zurückgehen, sollen mit gezielten Lockerungen wirtschaftliche und gesellschaftliche Nachteile, die durch die Massnahmen entstehen, wieder ausgeglichen werden. Im Falle eines Anstiegs der Neuansteckungen in Folge der Lockerung, werden die Schutzmassnahmen wieder verschärft. Das Wechselspiel zwischen Schutzmassnahmen und Lockerungen wird so lange wiederholt, bis eine wirksame Impfung oder Therapie gefunden ist. In den meisten europäischen Ländern wird diese Strategie verfolgt. Diese Strategie kann jedoch auch nur dann erfolgreich sein, wenn tatsächlich ein Impfstoff gefunden und in ausreichender Menge produziert wird. Zudem muss dieser Impfstoff an hinreichend viele Personen verabreicht werden, so dass die Epidemie gestoppt wird.

## 2. Erreichen einer Herdenimmunität durch Ansteckung von nicht-gefährdeten Personen bei gleichzeitigem Schutz der Risikogruppen

Dabei sollen sich Menschen mit dem Virus infizieren und nach erfolgter Erkrankung eine anschliessende Immunität aufbauen. Haben genügend Menschen (laut Experten mindestens 50-60 Prozent der Bevölkerung) die Krankheit überstanden und einen Immunschutz aufgebaut, wird die Epidemie gestoppt. Die Wahrscheinlichkeit, dass das Virus einen Menschen befällt, der noch keinen Immunschutz besitzt, ist dann zu gering, um eine weitere Ausbreitung des Virus zu ermöglichen. Diese Strategie kann nur dann funktionieren, wenn Covid-19-Infizierte nach der Erkrankung eine mehrmonatige Immunität aufbauen können. Ausserdem muss darauf geachtet werden, dass sich keine Personen aus der Risikogruppe anstecken. Sollte aber kein wirksamer Impfstoff gefunden werden, ist diese Strategie der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen Krise.

Die autoritäre Lockdown-Strategie erscheint etatistischen Verfechtern des Notrechts als besonders attraktiv, da sie ein «hartes» Durchgreifen erfordert und weil die Regierenden sich dabei als hemdsärmelige Macher präsentieren können. Die Kehrseite der Medaille ist, dass diese Strategie mitunter blinden Aktionismus fördert. Ausserdem gestaltet sich die Kommunikation als ausserordentlich schwierig, da die Regierung abwechselnd (je nachdem in welcher Infektionswelle man sich gerade befindet) jeweils gegenteilige Massnahmen anordnen muss. Auf Ausgangssperren und Betriebsschliessungen folgen dann Lockerungen, die zu weit gehen und die Ansteckungsraten in die Höhe schnellen lassen.

Darüber hinaus wird von der Bevölkerung erwartet, dass sie – trotz der Widersprüchlichkeit der Aussagen und Massnahmen – nach wie vor der Regierung blind vertraut. Dass dabei Proteste und Widerstand aus der Zivilgesellschaft entstehen, ist angesichts der hohen Belastung der Bevölkerung wenig überraschend. Diese Kehrseite der autoritären Strategie wird immer wieder ausgeblendet.

## Schweden – ein Misserfolg?

Die Verfechter des Corona-Notrechts werfen gerne jenen Ländern, welche den Schutz von Risikogruppen bevorzugen und ansonsten auf Eigenverantwortung setzen, Ignoranz und Tatenlosigkeit vor. So wurde bislang in diversen Medienerzeugnissen von einem «Versagen» der schwedischen Regierung gesprochen. Kritiker des dialogorientierten schwedischen Modells führen nur allzu gerne die über 5 000 Todesopfer an, die zu Beginn der Pandemie dem Coronavirus zum Opfer gefallen sind. Der Schutz der Alten und Pflegebedürftigen war in Schweden anfangs tatsächlich äusserst mangelhaft. Doch dabei wird übersehen, dass die Pandemie längst nicht vorbei ist.

Aufgrund von Erfahrungen weiss man, dass solche Pandemien erst überstanden sind, wenn eine genügend grosse Anzahl von Menschen immunisiert worden ist. Dies kann entweder auf natürlichem Weg geschehen wie bei der Spanischen Grippe (1918-1920) oder durch eine Impfung wie bei der Hong-Kong-Grippe (1968-1970). Die vielen Neuinfektionen, die die Schweden bereits durchgemacht haben, stehen den anderen Ländern erst noch bevor. In Israel – einem Land, das sehr früh mit einem harten Lockdown und Ausgangssperren auf die Pandemie reagiert hat – wütet nun im Herbst 2020 eine zweite Welle mit zahlreichen Neuinfektionen und vielen Toten. Mitunter werden jene Länder, die die autoritäre Lockdown-Strategie verfolgen, die hohe Anzahl Verstorbener und Neuinfizierter einfach zu einem späteren Zeitpunkt nachholen und am Ende genauso viele oder sogar mehr Tote aufweisen als Schweden.

Die soziale Akzeptanz der Massnahmen scheint ein wesentliches Schlüsselement für den Erfolg des schwedischen Modells zu sein. Es gibt in Schweden keine Anti-Corona-Proteste, weil kritische Positionen angehört werden und die Behörden den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen. Während hierzulande versucht wird, kritische Meinungen zu zensieren und Skeptiker der angeordneten Massnahmen als «Corona-Leugner» oder «Covidioten» diffamiert werden, können sich Kritiker der schwedischen Regierung frei über die getroffenen Massnahmen äussern. Kritik wird gehört statt verboten. Die Folge davon ist, dass von der Regierung angeordnete Massnahmen wie «Social Distancing» und «Home Office» auf breite Akzeptanz in der Bevölkerung stossen. Die Menschen vermeiden freiwillig Situationen, die ein hohes Ansteckungsrisiko bergen. Die schwedischen Bürger scheinen bereit, die eingeschlagene Strategie auch über mehrere Jahre hinweg beizubehalten und mitzutragen, da diese im Dialog erarbeitet wurde.

Bemerkenswert am schwedischen Modell ist, dass die in anderen Ländern übliche rein technokratische Sicht auf die Pandemiebekämpfung abgelehnt wird. Stattdessen wenden die medizinischen Experten sozialpsychologische Methoden an, um Menschen zu sensibilisieren und zu überzeugen. Statt Vorschrift, Befehl und Strafe wird nach einem Konsens zwischen verschiedenen Akteuren gesucht. Dies bietet den Vorteil, dass es keinen Grund gibt, allfälligen Schutzmassnahmen zu misstrauen. Behördliche Massnahmen bleiben nachvollziehbar und werden im Allgemeinen gut angenommen.

Die Stärke des demokratischen Systems besteht darin, dass ein freier Markt der Ideen und Meinungen geschaffen wird. Die freien Wahlen sind ein Wettbewerb unter Politikern, die möglichst viele Wähler von ihren Ideen überzeugen müssen. Die politischen Parteien und Interessensgruppen handeln dabei wie Firmen, die sich grösstmögliche Marktanteile sichern. Um einer allfälligen Monopolbildung vorzubeugen, wurden in vielen Staaten Instrumente wie Gewaltenteilung, Subsidiarität sowie Referendums- und Initiativrechte eingeführt. Diese Mechanismen machen das System nicht perfekt, aber sie sorgen dafür, dass die Bürger einen hohen Einfluss auf die Arbeit der Regierung ausüben können und dem möglichen Machtmissbrauch enge Grenzen gesetzt werden.

Dieses auf Dialog basierende System wird von den Verfechtern des Corona-Notrechts dahingehend kritisiert, dass demokratische Prozesse schwerfällig und langwierig seien. Im Falle einer Krise wie der gegenwärtigen Corona-Pandemie erscheinen parlamentarische Debatten, Diskussionen und Volksabstimmungen als zu schwerfällig, um eine rasche Reaktion sicherzustellen. Wenn eine schnelle Reaktion benötigt wird, dann kann der öffentliche Diskurs in der Tat behäbig und langwierig erscheinen.

Was dabei jedoch ausgeblendet wird, ist die Tatsache, dass nicht jede schnelle Entscheidung automatisch auch eine gute Entscheidung sein muss, wie der Psychologe Daniel Kahnemann in seiner Forschung über das «schnelle und langsame Denken» herausgefunden hat. Das grösste Problem besteht aber darin, dass Notrecht in Zusammenhang mit drastischen Zwangsmassnahmen einen Vertrauensbruch mit den demokratischen Institutionen darstellt.

## Die Mär von der Effizienz der Zwangsmassnahmen

Im Narrativ vieler Medien ist die Situation klar: Je drastischer die angeordneten Massnahmen sind, desto effizienter werde auf die Epidemie reagiert. Länder wie Schweden oder die Niederlande hätten es verpasst, die Ausbreitung des Virus noch am Anfang dieses Jahres mit einem umfassenden Lockdown zu stoppen. Die harten Massnahmen in der Volksrepublik China hätten hingegen Wirkung gezeigt und die Ausbreitung des Coronavirus erfolgreich gestoppt. Die tiefen «offiziellen» Infektionszahlen in China (mit täglich zwischen 10 und 20 Neuinfektionen) scheinen ihnen Recht zu geben.

Dabei wird jedoch die Tatsache ausgeblendet, dass die Volksrepublik China ihre Corona-Infizierten nicht nach Vorgaben der WHO zählt, sondern diese systematisch unterschätzt. So werden beispielsweise Personen, die positiv auf das Coronavirus getestet wurden, aber keine schweren Krankheitssymptome aufweisen, seit Anfang Februar nicht mehr als neu bestätigte Ansteckungen ausgewiesen. Eine Covid-19-Erkrankung ist jedoch gemäss gängiger medizinischer Lehrmeinung auch dann ansteckend, wenn die Erkrankten keinerlei Symptome zeigen. Die tiefen Ansteckungszahlen in der Volksrepublik erweisen sich somit als Bluff.

Es gibt Schätzungen, wonach die tatsächlichen Neuansteckungszahlen um das 8-10-fache höher sein dürften. Ein Datensatz, der anfangs Mai 2020 mutmasslich aus Chinas führender Militäruniversität entwendet wurde, suggeriert, dass das Virus in 230 Städten ausgebrochen sein könnte und bereits über 640 000 Menschen infiziert habe. Dies könnte ein Hinweis dafür sein, dass die chinesische Regierung die Ausbreitung des Coronavirus nicht wirklich gestoppt hat und mit gefälschten Zahlen vom eigenen Unvermögen ablenken will.

Auch hier zeigt sich, dass Zwangsmassnahmen möglicherweise nicht der richtige Weg sind, um der Pandemie angemessen zu begegnen. Stattdessen werden für Behörden, Regierungen und ganze Staatsapparate Anreize geschaffen, um eine Willkürherrschaft zu etablieren, die sich auf Desinformation, Lügen und Bestrafung kritisch denkender Individuen abstützt.

Ein freies, liberales und demokratisches Land wie die Schweiz sollte diesen Weg nicht beschreiten. Mit dem Parlament, den Kantonen und engagierten Menschen aus der Zivilgesellschaft liessen sich die getroffenen Massnahmen zur Pandemiebekämpfung deutlich verbessern. Allfällige Fehlentscheide des Bundesrates könnten vom Parlament korrigiert werden. Das Hinzuziehen einer gerichtlichen Kontrolle würde die Rechtssicherheit und politische Stabilität garantieren – und das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der Regierung wiederherstellen.

Mag sein, dass der Bundesrat Anfang dieses Jahres unter Zeitdruck handeln musste. Dieser Zeitdruck ist aber – angesichts der sehr geringen Todeszahlen und der tiefen Hospitalisierungsrate – mindestens nicht mehr im selben Ausmass vorhanden. Gerade deshalb sollte der Bundesrat zum normalen Modus Operandi einer demokratischen Regierung zurückkehren und den freien Wettbewerb der Ideen und Meinungen wieder ermöglichen. Denn dieser reguliert Probleme zwar nicht am schnellsten, dafür aber am besten.

## Notrecht driftet ab

Die autoritäre Lockdown-Strategie basiert in der Schweiz auf Notrecht. Problematisch wird Notrecht dann, wenn es nicht mehr nur in einer dringlichen Sondersituation angewendet wird, sondern zum alltäglichen Rechtsgebrauch gehört. Auch hier gibt es mit dem vom Deutschen Reichstag beschlossenen Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 ein bekanntes historisches Beispiel für ein Notrecht, welches in ein alltägliches Gesetz überführt wurde.

In der gegenwärtigen Coronakrise wird das Notrecht zurzeit in ein allgemeines Gesetz überführt, nämlich in das «Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)». Auch wenn dieses Gesetz zeitlich begrenzt ist, fällt dabei dennoch auf, dass der Bundesrat dieses Gesetz nicht ausschliesslich für Massnahmen zur Pandemiebekämpfung einsetzen will. Es ermächtigt ihn, in Bereiche wie das Asylgesetz, das Ausländer- und Integrationsgesetz, das Obligationenrecht, das Schuldbetreibungs-

und Konkursgesetz, den Kulturbereich oder die Arbeitslosenversicherung einzugreifen.

Ebenfalls merkwürdig ist, dass das Covid-19-Gesetz ein verstecktes Medienförderungsgesetz enthält. Diese Medienförderung sieht unter anderem Subventionen für die Postzustellung von Tageszeitungen vor. Weshalb diese Fördergelder zusammen mit einem Gesetz zur Bekämpfung der Corona-Pandemie gesprochen werden, erscheint seltsam, zumal die Förderung von Medienkonzernen mit den üblichen Massnahmen einer Epidemiebekämpfung überhaupt nichts zu tun hat. Hierbei zeigt, dass das Notrecht die staatlichen Akteure dazu verleiten kann, die eigenen Kompetenzen über das zur Bewältigung der Krise erforderliche Mass auszuweiten.

Die politische Stabilität ist einer der vielen Gründe, die für den Wohlstand der Schweiz (und zahlreicher anderer europäischer Länder) verantwortlich sind. In politisch stabilen Ländern ist der freie Austausch von Waren und Dienstleistungen grösstenteils sichergestellt, was Handel und wirtschaftliches Wachstum ermöglicht. Politische Stabilität wird deshalb zu Recht als das Fundament prosperierender Volkswirtschaften betrachtet.

Wenn die Strukturen des politischen Systems stabil sind, dann sind die rechtlichen und politischen Verfahren verlässlich. Staatliche Entscheidungen werden nachvollziehbar. Wenn aber Notrecht herrscht, werden juristische Verfahren unzuverlässig. Das Handeln der Behörden wird zunehmend willkürlich. Oftmals sind die Beamten selbst nicht mehr in der Lage, zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden.

Ein typisches Beispiel dafür ist die Schliessung von Parks, öffentlichen Plätzen und Freizeitanlagen in Zürich während des Lockdowns. Weil in der Stadt Zürich immer mehr Strassenzüge und Plätze abgesperrt wurden, konnten sich die Menschenmassen nicht mehr über das Stadtgebiet verteilen. Menschen, die sich zum Joggen oder Spazieren draussen aufhielten, wurden so an wenige vereinzelt Plätze gedrängt. Notwendigerweise kam es an diesen sog. «Hotspots» zu grösseren Menschenansammlungen, da die Polizei ja sämtliche Ausweichmöglichkeiten blockiert hatte. Die Menschen erhielten dann Bussgelder für Ordnungswidrigkeiten, zu denen sie von den Behörden genötigt wurden. Beschwerden gegen Bussgelder konnten nirgendwo eingereicht werden. Die Menschen waren (und sind teilweise noch) der Willkür der Behörden schutzlos ausgeliefert.

Ein weiteres Beispiel sind die von der Eidgenössischen Zollverwaltung während des Lockdowns durchgeführten Warenkontrollen. Grenzgänger, welche (selbst unter den Bestimmungen der Covid-19 Verordnung 1) als Arbeitnehmende legal in die Schweiz einreisen durften, erhielten von den Grenzwachern Geldbussen, wenn sie bei der Einreise Waren aus dem Ausland mitführten. Zudem untersagten die Grenzwachter den Einreisenden, die Ware über die Grenze zu schaffen. Die Ware musste vor Ort entsorgt werden. Auch wurden Einreisende unter der Androhung, dass ihnen die Einreise verweigert werde, dazu gezwungen, Bussgeldbescheide zu unterschreiben, in denen sie auf eine Einsprache gegen das angeordnete Bussgeld verzichten sollten. Anstatt den Gesundheitszustand der Einreisenden zu kontrollieren (was bei



einer Pandemiebekämpfung noch Sinn gemacht hätte), nutzten die Grenzwächter die Situation, um umfassende Warenkontrollen durchzuführen und Bussgelder einzutreiben, die weder durch ein Gesetz noch durch eine Verordnung legitimiert worden waren.

## Fazit

Notrecht birgt per se die Gefahr in sich, der Willkür Tür und Tor zu öffnen. Wohl deshalb musste der Bundesrat die ursprüngliche Covid-19-Verordnung in einer zweiten Version nachträglich korrigieren. Nichtsdestotrotz werden die unschönen Nebeneffekte des Corona-Notrechts oftmals damit schöngeredet, dass eine rasche Reaktion erforderlich gewesen sei, um die Ausbreitung der Pandemie zu stoppen. Die Qualität der getroffenen Entscheidungen ist dabei nicht von Belang.

Der Einsatz von Notrecht mag im Angesicht einer schwerwiegenden globalen Pandemie eventuell notwendig sein. Doch Notrecht kann die erfolgreichen demokratischen Prozesse und Institutionen auf Dauer nicht ersetzen. Ein Beharren auf dem Notrecht ist sogar gefährlich, da in der Bevölkerung zunehmender Widerstand gegen die Zwangsmassnahmen erzeugt wird.

Da soziale Akzeptanz aber ein Schlüsselement einer erfolgreichen Pandemiebekämpfung ist, wäre der Bundesrat gut damit beraten, den Dialog mit staatlichen und privaten Akteuren und vor allem mit der Bevölkerung zu suchen. Er könnte dann auf breit abgestützte Entscheidungen zurückgreifen, die von Behörden, Wissenschaftlern, Unternehmern und von der Mehrheit der Bürger getragen werden. Dialog, Aufklärung und Eigenverantwortung würden die Massnahmen des Bundesrats stärken, denn aufgeklärte Bürger schützen sich und andere freiwillig, wenn man sie mit Würde und Respekt behandelt und auch kritische Fragen ehrlich beantwortet.



LIBERALES INSTITUT

## Impressum

Liberales Institut  
Hochstrasse 38  
8044 Zürich, Schweiz  
Tel.: +41 (0)44 364 16 66  
institut@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf  
[www.libinst.ch](http://www.libinst.ch).

## Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.  
Copyright 2020, Liberales Institut.